

Generationengerechtigkeit verspielt

Einmal mehr bewegt sich ein Wahlkampf auf erschreckend inhaltslosem Niveau. Ein bisschen Atomausstieg der SPD hier, ein wenig bürgerschaftliches Engagement der CDU da, und alles gepaart mit viel nichts sagender Harmonieverbreitung. Dies ist politisch mäßiges Mittelfeldgeplänkel anstatt man zu relevanten Themen Stellung nimmt. Weder die ständig wachsenden Belastungen für Bürger und Unternehmen noch die Konsolidierung der Haushalte haben Platz in der Diskussion. Dabei sprechen 40 Milliarden € Landesschulden, 2 Milliarden € jährlicher Schuldendienst und über 40 Mio. € Schulden in Rottenburg eine deutliche Sprache. Die Mehrheitsparteien CDU und SPD haben sich diesem Problem nicht angenommen und das Ziel der Generationengerechtigkeit schon heute verspielt. Stattdessen beschränkte man sich auf Worthülsen. So spricht Ministerpräsident Oettinger davon, dass der Druck erhöht und ein kontrollierter Personalabbau bei der Verwaltung vorgenommen werden müsse. Man darf gespannt sein, wie dies der Landtagskandidat Tappeser in seiner eigenen Verwaltung umsetzen wird und ob er nach der Wahl in Rottenburg tatsächlich bereit ist, an der Rathauspitze zu beginnen. Hier könnte er belegen, ob man „in der Tat besser“ ist, wie es die Werbung vollmundig verspricht. Trotz miserabler Haushaltslage sind Taten bislang Mangelware. So haben es Oberbürgermeister, CDU, SPD und Grüne zu Lasten der kommenden Generationen unterlassen, sich aktiv an Sparvorschlägen zu beteiligen. Fragwürdigen Bauprojekten wie dem des Eugen-Bolz-Platzes wurde dagegen zugestimmt und Steuererhöhungen zur Finanzierung genutzt. Genauso wie man im Bund - trotz gegenteiliger SPD-Versprechungen - gemeinsam die Mehrwertsteuer um 3 % erhöht, verhält man sich in der Stadt bei der Erhöhung der Grundsteuer. Bedenkenlos stimmt man für Kreditaufnahmen und greift skrupellos in jeden offenen Landestopf. Ich frage mich, wie Parteien den Landeshaushalt sanieren wollen, wenn es ihre Bürgermeister als selbstverständlich und ehrenhaft für die Stadt erachten, sich maximal hieraus zu bedienen und auf konsequentes Sparen verzichten. Die Ausübung seiner Doppelrolle könnte für den Rottenburger Oberbürgermeister somit nicht nur durch die Zusatzbelastung als Landtagsabgeordneter sondern auch aufgrund seiner Abhängigkeit von Landesgeldern schwierig werden. FDP und Freie Bürger werden einen neuen Vorstoß zur Lösung der verfahrenen Situation unternehmen und ein weiteres strukturelles Sparkonzept in Rottenburg beantragen. Hierbei sollen sich endlich alle Parteien zu dem Ziel der Nullverschuldung verpflichten. Nur dies wird der Stadt ermöglichen, Perspektiven für die jungen und älteren Generationen zu eröffnen.

Tobias Baur
FDP-Fraktionsvorsitzender